

Zeitung für den Barnim

Dezember
2023

33. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Offene Worte

**Die Linke:
Totgesagte
leben
länger.**



Schwung und Optimismus hat der Bundesparteitag der Linken in Augsburg Mitte November verbreitet: Die Linke wendet sich wieder ihren ureigensten Kernaufgaben zu, tritt für soziale Gerechtigkeit und Frieden ein. Das drückt sich auch in einem erneuerten Erscheinungsbild aus. Deshalb lesen Sie unsere seit 32 Jahren erscheinenden Offenen Worte, die Zeitung der Linken für den Barnim, ab heute auch mit neuem Layout.

Die Einnahmen steigen

DIE LINKE im Brandenburger Landtag für Entlastung und den 8. März als Feiertag

Die Belastungen für Bürger:innen und Unternehmen sind hoch, aber die Einnahmen des Staates steigen, weil Steuern prozentual erhoben werden. Zahlt man mehr für die Lebensmittel, kommt auch eine höhere Mehrwertsteuer beim Staat an. Steigen Löhne und Gehälter, wächst auch die Einkommensteuer. 300 Millionen Euro Mehreinnahmen wird Brandenburg deshalb für 2023 haben. „Dieses Geld soll an die Bürger:innen zurück gegeben werden“, meint Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag. Seine Fraktion fordert

einen Nachtragshaushalt, um zum Beispiel die Beitragsbefreiung für Kitabeiträge zu sichern, um ansonsten nicht in den Sparzwang-Chor einzufallen. (Mehr dazu auf Seite 3: Sparen um jeden Preis?)

Einen weiteren Vorstoß unternimmt DIE LINKE im Brandenburger Landtag, um den 8. März als Feiertag für Brandenburg zu installieren. Brandenburg gehört zu den Bundesländern mit den wenigsten Feiertagen bundesweit. Bereits 2022 hatte DIE LINKE deshalb beantragt, dass der Internationale Frauentag zum Feiertag wird. Damals lehnte es

der Brandenburger Landtag ab. Die Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben den 8. März inzwischen als Feiertag eingeführt. „Die SPD hat Ende November beschlossen, sich auch für den 8. März als Feiertag in Brandenburg einzusetzen, wir würden uns über eine Zustimmung zu unserem Antrag freuen“, kommentiert Sebastian Walter. Die Entscheidung dazu fällt der Landtag Mitte Dezember, nach Redaktionsschluss.

Lesen Sie gern in den Online-Ausgaben nach unter: www.dielinke-barnim.de oder auf Facebook. bc

In dieser Ausgabe

Barnim: Höhere Abfallgebühren: Kreislaufwirtschaft stärken, Müll Vermeiden **2**

Sparen um jeden Preis? Die beiden Landtagskandidaten Sebastian Walter und Matthias Holz im Gespräch über Investitionen in die Zukunft **3**

Ahrensfelde: Mitmachen Am 20. November wurde die Bürgerbeteiligungssatzung geändert. **4**

Panketal: Gedenken an Kriegssopfer Die Linke: Für eine neue Sicherheitsordnung, die Frieden schafft. **4**

Werneuchen: Wassergeldhilfe Die Linke beantragt die Fortsetzung für 2024. **5**

Bernau: Mobile Sozialberatung Die Linke setzt soziale Schwerpunkte im Haushalt. **5**

Eberswalde: Hilfe für Kuba Bereits über 1000 Brillen und Hörgeräte gesammelt. **6**

DIE LINKE im Landtag: Staatsvertrag für Lehrkräfte
Mehr Waldarbeiter ausbilden
Solidaritätsgesetz für soziale Vereine **7**

OW Online

mittwochs und sonntags
auf: www.dielinke-barnim.de
oder [Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)

OW-Spendenkonto

DIE LINKE Barnim; IBAN:
DE33 1705 2000 3120051429
Verwendungszweck:
Spende OW.

Barnim: Höhere Abfallgebühren

DIE LINKE/Bauern im Kreistag: Müll vermeiden, Kreislaufwirtschaft stärken

**Von Ralf Christoffers
Kreistagsabgeordneter
(DIE LINKE/Bauern)**

Eine neue Abfallgebührensatzung stand auf dem Kreistag am 6. Dezember zur Abstimmung. Die Entscheidung fiel erst nach Redaktionsschluss, sie können Sie deshalb unseren Online-Ausgaben unter www.dielinke-barnim.de oder auf Facebook ([dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)) entnehmen.

Die neue Abfallgebührensatzung ist erforderlich, um die wachsenden Kosten der Abfallwirtschaft decken zu können. Der ursprüngliche Entwurf der Verwaltung sah eine Steigerung von 24 Euro pro Einwohner:innen für das Jahr 2024 vor. Dieser Vorschlag wurde durch die Fraktion DIE LINKE/Bauern nicht akzeptiert. Nach langen Debatten zwischen Verwaltung und Politik wurden Einsparpotentiale eruiert und in einer neuen Vorlage zusammengefasst. Die Steigerung liegt jetzt bei 19,20 Euro. Dies ist dem hohen Engagement von Rainer Dickmann (DIE LIN-

KE/Bauern) zu verdanken, der den zuständigen Ausschuss für Abfallwirtschaft leitet.

Grund für die Erhöhung der Abfallgebühren sind z.B. Tarifiersteigerungen, höhere Treibstoffkosten, die CO₂-Steuer und der notwendige Ausbau der Wertstoffhöfe im Landkreis zur Sicherung einer Kreislaufwirtschaft.

Die Erhöhung der Abfallgebühren stellt eine zusätzliche Belastung für Haushalte und Unternehmen dar. Um perspektivisch die Kosten zu minimieren, ist dringend mehr Abfallvermeidung und der Ausbau der Kreislaufwirtschaft erforderlich. Die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen müssen aufgebaut und erweitert werden. Dem dient zum Beispiel die gerade laufende Umstellung auf elektronische Erfassung der Abfallbehälter, um künftig die Abholung so gestalten zu können, dass Müllvermeidung durch Haushalte und Unternehmen berücksichtigt werden kann.



Foto: bc

Unabhängig davon ist die Fraktion Die Linke/Bauern der Auffassung, dass zur Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft neben den Gebühren neue Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden müssen. Dem diene der Antrag unserer Fraktion, den Kreiswerken einen Investitionszuschuss von 800.000

Euro zu gewähren, um wachsende Investitionen in diesem Bereich zu gewährleisten und zugleich die Gebühren für Verbraucher:innen abzufedern. Der Vorschlag wird gegenwärtig in den Ausschüssen beraten, um für die nächsten beiden Jahre 2024/2025 eine neue Finanzierungsmöglichkeit zu schaffen.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste sind willkommen. Bitte informieren Sie sich vorab per E-Mail.

Kreisvorstand: Kontakt: info@dielinke-barnim.de; Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, E-Mail: egerswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, E-Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [solid]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, im: Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Sprechzeiten: Mo: 9-16 Uhr, Do: 10-17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986; E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; 8. Januar, 18 Uhr, Treff 23, Bernau, Breitscheidstr. 43b, Kreistag: 13. März, 17 Uhr, Kreishaus, Am Markt 1

Ahrensfelde: Kontakt: ahrensfelde@dielinke-barnim.de
Gemeindevertreterversammlung: 15. Januar, 19. Februar, 18. März, jeweils 17 Uhr, Ortsteilzentrums Ahrensfelde, Lindenberger Str. 1b

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau; Stadtfraktion: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252; Stadtverordnetenversammlung: 1. Februar, 16 Uhr, Neues Rathaus Bernau, Bürgermeisterstr. 1

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de

Eberswalde: Stadtvorstand: Kontakt: Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.
E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 25. Januar, 29. Februar, 21. März, jeweils 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion in der Gemeindevertretung: Kontakt: ines@pukall.eu, Gemeindevertreterversammlung: 30. Januar, 27. Februar, 19. März, jeweils 19 Uhr, Mensa Grundschule Zepernick, Schönerlinder Straße 83a

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstr. 129, 16244 Finowfurt

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch/Monat; E-Mail: kerstin.berbig@web.de; Fraktion in der Gemeindevertretung, Tel.: 01577-2927645; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Gemeindevertreterversammlung: 15. Februar, 18 Uhr, Kulturbühne „Goldener Löwe“

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Matthias Holz (mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Domenik Rabe (ViSdP/dr), Sebastian Walter, Gisela Zimmermann (gz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 93.000

Online-Ausgaben:

mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wählend kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zeitungen vorhanden. oder direkt:



Sparen um jeden Preis?

Die Barnimer LINKE hat ihre Kandidaten für die Landtagswahl am 22. September 2024 gewählt: Sebastian Walter für Eberswalde, Matthias Holz für Bernau und Panketal.

Was sagen sie dazu, dass FDP, SPD, CDU und Grüne nun um Kürzungen statt um Investitionen streiten?

„Sparen ist das Gebot der Stunde, ... wir haben ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem“, so wiederholen es vor allem FDP und CDU gebetsmühlenartig seit das Bundesverfassungsgericht am 15. November festgestellt hat, dass 60 Milliarden Euro aus den ursprünglichen Corona-Hilfsfonds nicht einfach hätten für andere Zwecke verwendet werden können.

Das Totschlagargument: Sparen muss man auch zu Hause, wenn das Geld nicht reicht. Spätestens dann sind viele Menschen argumentativ „raus“, tja, dann muss wohl wieder gekürzt werden. Und wo zuerst? Im Sozialen Bereich, bei denen, die am wenigsten oder keine Lobby haben.

Aber stimmt das so?



Matthias Holz,
37 Jahre

Matthias Holz, Stadtverordneter für DIE LINKE in Bernau, will im nächsten Jahr in den Landtag einziehen. Er kennt das Haushaltsargument, das der „schwäbischen Hausfrau“ und ihrer Sparsamkeit zugeschrieben wird, gut. Schließlich wurde er in Schwaben geboren. **„Aber einen privaten Haushalt mit einem Staatshaushalt zu vergleichen, das geht gar nicht“**, meint der studierte Politikwissenschaftler. „Ein Staat hat ganz andere Aufgaben, muss in die Zukunft investieren, in Kinder, Ausbildung und Technologien. Es ist Angstmacherei, den Menschen einzureden, dass der Staat nicht mehr Schulden machen dürfe.“

Die Verschuldungsquote Deutschlands liegt innerhalb der EU niedrig. Sogar trotz der hohen Ausgaben während der Corona-Krise ist die Verschuldung auf rund 65 Prozent gefallen. Es wäre also sinnvoll, Investitionen mit Krediten zu finanzieren, wenn sie die Wirtschaft ankur-

beln. Oder wenn sie Zukunftsaussichten der nächsten Generation verbessern.

Das sieht Sebastian Walter auch so, er ist Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag. Eine Industriestiftung für Brandenburg ist sein jüngster Vorschlag, den er am 21. November vorstellte. Aktueller Anlass dafür war die Ankündigung des Reifenherstellers Goodyear, die Produktion in Fürstenwalde in 4 Jahren einzustellen. Aber es ist ein generelles Anliegen für DIE LINKE: „Es muss eine breite industrielle Basis in Brandenburg geben, das Land darf sich nicht nur abhängig von Tesla machen“, meint Walter. Wenn das Land in eine Stiftung investiert, könne zum Beispiel auch gesichert werden, dass das PCK in Schwedt für die Zukunft umgebaut werde.

„Es kann nicht so weiter gehen, dass die Kosten von Wirtschaftsstrukturanpassungen die Allgemeinheit bezahlt, die darauffolgenden Gewinne aber privatisiert werden“, machte Sebastian Walter deutlich. „Natürlich geht es um die Frage: Wem gehören die Produktionsmittel“, erläutert Walter ein Gesellschaftsverständnis, das darauf abzielt, Beschäftigte sowie die Entwicklung der Regionen und der Umwelt in den Mittelpunkt zu stellen.

Diese Idee ist nicht neu. Das Saarland zum Beispiel brachte seine im Landesbesitz befindlichen Anteile an Stahlwerken in eine Stiftung ein. Über ver-



Sebastian Walter,
33 Jahre

schiedene Beteiligungen hat die Stiftung faktisch die Kontrolle über die saarländische Stahlindustrie, sie gehört sich faktisch selbst, unterstützt Wissenschaft und Forschung, Maßnahmen



gegen Arbeitslosigkeit und Fortbildung. „Eine solche Konstruktion, die die Selbstständigkeit von Unternehmensführungen beibehält, aber dennoch gesellschaftlichen Einfluss sichert, ist ein Kompromissvorschlag, dem auch die SPD und die Grünen in Brandenburg folgen könnten“, erklärt Sebastian Walter den Vorstoß seiner Fraktion.

Und manchmal ist auch die Prioritätensetzung einfach nicht richtig. Das kennt Matthias Holz auch aus der Bernauer Stadtverordnetenversammlung: „Wir geben für eine Lärmmessung 20.000 Euro aus, im Finanzausschuss aber fällt der Vorschlag durch, den gleichen Betrag für eine Sozialberatung auszugeben“. Zum Glück hat sich DIE LINKE hier durchgesetzt (siehe Seite 5). Dennoch stellt sich für Holz auch immer wieder die Frage: **Mit welchem Geldeinsatz wird was erreicht?** Er engagiert sich zum Beispiel seit Jahren dafür, dass in Bernau eine Leichtathletikanlage mit einer 400-Meter-Bahn gebaut wird, die im gesamten Großraum fehlt. „Hier gibt es soviel ehrenamtliches Engagement, soviel Einsatz von Trainer:innen für den Sport von Kindern – das sind Investitionen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind.“

Sebastian Walter formuliert es für DIE LINKE im Brandenburger Landtag eindeutig: **„Wir wollen, dass die 2009 unter CDU-Führung ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse abgeschafft wird,**

damit Deutschland wieder investieren kann“, erklärt der LINKEN-Politiker. Allerdings könnte es dafür nur mittelfristig Mehrheiten geben. „Aktuell fordern wir die Landesregierung auf, für Brandenburg die Notlage zu erklären, um Gelder für den Strukturwandel zu sichern“, betont Walter. Schleswig-Holstein hat dies bereits Ende November getan. Eine langfristige Lösung könnte auch ein „Transformationsfonds“ sein, der im Grundgesetz verankert wird. bc

Fotos: v. Dühren, bc, privat



Der Dritte im Bunde der LINKEN:
Er will als Kandidat für den Wahlkreis 15 (Ahrensfelde, Biesenthal-Barnim, Britz-Chorin-Oderberg, Wandlitz, Werneuchen) ins Rennen um das Landtagsmandat gehen.
Alexander Horn, 38 Jahre, IT-Systemelektroniker, verheiratet, 5 Kinder, Fraktionschef der LINKEN in Werneuchen. Nominierung am 18. Dezember.

Ahrensfelde: Mitmachen

Die Einwohner:innenbeteiligungssatzung wurde am 20. November geändert

Von **Christina Emmrich**
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE/Gemeindevertretung

Mit dem § 13 der Brandenburger Kommunalverfassung wird den Kommunen freigestellt, wie sie die förmliche Einwohnerbeteiligung regeln.

In der Sitzung der Gemeindevertretung Ahrensfelde am 20. November wurde einstimmig die 1. Änderung der Einwohner*innenbeteiligungssatzung beschlossen. Wir fassten darin den § 4 neu.

Voraus gegangen waren intensive Diskussionen in Sitzungen der Gemeindevertretung und im Hauptausschuss. In den letzten Monaten verstärkte sich vor allem in der Einwohnerschaft der Wunsch nach Befragungen, um Stimmungsbilder zur Entwicklung der Gemeinde einzufangen. Nicht immer uneigennützig, sondern nicht selten mit der Absicht, möglichst jede Entwicklung zu verhindern.

Schriftliche Befragungen dauern lange und sind personal-

und kostenintensiv. Deshalb entschied sich die Gemeindevertretung dafür, Einwohnerbefragungen grundsätzlich als Online-Befragung stattfinden zu lassen. Das heißt natürlich nicht, dass die Gemeindevertretung per Beschluss nicht auch andere Formen festlegen kann.

Schnell kam von einigen anwesenden Gästen der Sitzung der Vorwurf auf, wir Gemeindevertreter:innen wollen alle ohne Tablet und Handy von den Befragungen ausschließen. Dies wird nicht der Fall sein. Wir haben gerade dazu viele Ideen entwickelt und sind zu guten Lösungen gekommen.

Wichtige Fragen, wie z. B. die Anonymität der Befragung und die einmalige Teilnahme, wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls gelöst.

Die Online-Befragung ermöglicht auch unkompliziert die Konzentration auf Ortsteile oder bestimmte Personen- bzw. Altersgruppen.

Geändert haben wir die Zu-

ständigkeit für die Entscheidung zu Befragungen. Bisher tat dies der Bürgermeister, nun die Gemeindevertretung.

Es gibt jetzt klare Grundsätze, nach denen die Verwaltung diese Befragungen zu organisieren hat. Dass ist sowohl für Fragesteller:innen als auch für die Durchführenden eine sichere Grundlage.

Ich finde Befragungen zu wichtigen Angelegenheiten eine gute Ergänzung zur Vorbereitung von Beschlüssen der Gemeindevertretung. Sie sind und

bleiben jedoch Empfehlungen. Das wird sicher immer wieder ein Knackpunkt sein, da die Erwartungen häufig andere sind.

Im Februar kommenden Jahres wird diese Satzung in Kraft treten. Bis dahin sind noch einige technische Details zu klären.

Ich bin schon auf die erste Umfrage gespannt.



Panketal: Gedenken an Kriegsoffer

Die Linke am 19. November: Sicherheit schaffen, die Kriege verhindert.

Von **Lothar Gierke**,
Panketal

Dem von den Panketaler Ortsgruppen der SPD und der LINKEN initiierten Gedenken für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft folgten am Volkstrauertag, dem 19. November, rund 50 Bürgerinnen und Bürger. Treffpunkt war der Gedenkstein für die gefallenen Soldaten des ersten Weltkrieges neben der Schwanebecker Dorfkirche. Gedacht wurde nicht nur der Gefallenen des ersten Weltkrieges, sondern auch den vielen zivilen Opfern insbesondere der beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts. Es zeugt von tiefer Menschlichkeit, wenn die vielen Opfer von kriegerischen Auseinandersetzungen nicht vergessen werden. Der Blick auf die aktuelle Weltlage macht sichtbar, dass zahlreiche politischen Entscheider leider auch im 21. Jahrhundert nicht willens sind, auf Kriege als Mittel der Politik zu verzichten. Das



Die Worte des Gedenkens und Mahnens kamen vom Ortsvorsteher Schwanebecks, Lutz Grieben (DIE LINKE, Bildmitte), Panketals Bürgermeister, Maximilian Wonke, Martina Maxi Schmidt (Vorsitzende SPD Ortsverein Bernau) und von Peter Vida (Freie Wähler). Foto: privat

Ergebnis ist fatal und erzeugt bei einem Großteil der Bevölkerung ein Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit, aber auch ein großes Bedürfnis, sich in öffentlichen friedenspolitischen

Aktionen dagegen zu stemmen. Die Antwort auf kriegerische Auseinandersetzungen muss sein, endlich eine internationale Sicherheitsarchitektur zu schaffen, mit der Kriege bereits im

Prozess ihres Entstehens eingeeht werden können. Kriege sind letztlich Ausdruck des Unwillens oder des Unvermögens, Lösungen auf diplomatischem Wege zu schaffen.

Werneuchen: Wassergeldhilfe

DIE LINKE beantragt Fortsetzung der Entlastung für das Jahr 2024

Von Karen Mohr
Stadtverordnete (DIE LINKE)

In der Stadt Werneuchen gilt für 2023 eine Wassergeldhilfe. Sie wurde im Juli nach monatelangen Debatten rückwirkend zum 1. Januar 2023 beschlossen. Vorausgegangen war ein Vorschlag der Stadtverwaltung zu einer Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser um rund 70 Prozent. Im Mai kam dann nach mehreren entscheidungslosen Stadtverordnetenversammlungen Bewegung in die Angelegenheit. Auf der Basis einer Einnahme aus dem Solarpark in Höhe von knapp einer Million Euro wird ein Zuschuss an den Eigenbetrieb Werneuchens gezahlt. Damit wird der Gebührenanteil, den die Bürger:innen tragen müssen, gesenkt. Die Kosten sind nun für das Jahr 2023 gestaffelt und gedeckelt: Jeweils für Wasser, Abwasser und dezentrales Abwasser zahlt man pro Person bis 28 Kubikmeter die bisherigen Gebühren von 1,97 Euro (Wasser), 2,84 Euro (Abwasser) und 4,98 Euro (dezentrales Abwasser). Von 28 bis 35 Kubikmeter je Person den

zweieinhalbfachen Satz und darüber hinaus werden 4,91 Euro (Wasser), 3,18 Euro (Abwasser) und 12,18 Euro (dezentrales Abwasser) fällig. Damit werden die Menschen „belohnt“, die sorgsam mit der Ressource Wasser umgehen. Maximal liegt der Zuschuss damit bei 295 Euro pro Person im Jahr.

Diese so genannte Wassergeldhilfe muss beantragt werden. Den Antrag erhält jeder Abnehmer:in mit dem entsprechenden Bescheid. Bis zum 31. Oktober 2024 müssen alle Anträge beim Eigenbetrieb Wasserver- und Abwasserentsorgung Werneuchen eingegangen sein.

Diese sozial-verträgliche Lösung war durch Intervention der Linken, durch SPD/WiW, durch Bürger:innen möglich geworden. DIE LINKE beantragte nun auf der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember, dass die Wassergeldhilfe auch für das Jahr 2024 fortgeführt wird (*Ergebnis nach Redaktionsschluss; online unter dielinke-barnim.de*). Die vorliegende Kalkulation der Gebühren für den Bereich Wasserversorgung umfasst die Jahre 2023 und 2024. Deshalb

wollen wir die Abnehmer:innen auch für das nächste Jahr finanziell entlasten. Deshalb ist dem Werneuchener Eigenbetrieb für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Jahr 2024 nochmals ein nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Reduzierung der kalkulierten Gebühr im Bereich Trinkwasser, zentralem Abwasser und dezentralem Abwasser zuzuführen.

Im Jahre 2023 wurde die Beitragsatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Werneuchen angepasst. Damit erhält der Eigenbetrieb höhere Einnahmen. Andererseits kann noch nicht ermittelt werden, wie hoch die Inanspruchnahme der Wassergeldhilfe-Richtlinie durch die Abnehmer:innen aus-

fällt. Daher ist die Höhe des Zuschusses gemeinsam mit dem Eigenbetrieb für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der Stadt Werneuchen aufgrund des zur Verfügung stehenden Geldbetrages aus dem Haushalt der Stadt zu ermitteln und festzulegen. Damit alle Anspruchsberechtigten Bescheid wissen, beantragt DIE LINKE zugleich, dass die Abnehmer:innen auf die Wassergeld-Richtlinie hingewiesen werden.

Bezahlbare Wasserpreise

Die Linke

Werneuchen

Foto: Pixabay

Bernau: Mobile Sozialberatung

DIE LINKE setzt soziale Schwerpunkte im Haushalt

OW-Beitrag/mh

Die Diskussionen um den Bernauer Haushalt für das kommende Jahr waren zäher als sonst. Die multiplen Krisen der letzten Jahre und die daraus resultierenden Mehrkosten bei Strom, Energie und allen weiteren Bereichen hatten sich bei gleichzeitig schrumpfenden Einnahmen auch auf den städtischen Finanzplan ausgewirkt. Trotz der schwierigen Situation wollte die Stadtfraktion der LINKEN aber soziale Schwerpunkte im Haushalt verankern. Hierzu gab es einerseits einen gemeinsamen Antrag mit der SPD und den Grünen, um einen Streetworker oder eine Streetworkerin in Bernau zu installieren. Ziel ist es, die vermehrt aufkommenden Probleme mit Jugendlichen in den Griff zu bekommen und für Jugendliche Ansprechpartner und zur Verfügung zu stellen.

Außerdem wurde die im letzten Haushalt von den LINKEN beantragte „Mobile Sozialberatung“ auch in diesem Jahr wieder beschlossen. Über 100 Beratungen bei bisher 10 Beratungsterminen, dazu Vorträge und Veranstaltungen zu Themen wie Patientenverfügung, Bürgergeld und barrierefreies Wohnen haben die mobile Sozialberatung zu einem echten Erfolgsprojekt gemacht.

Trotzdem gab es um das Programm in den Ausschüssen Diskussionen. Diskussionen, die es angesichts von der „Ampel“-Regierung zusammengestrichenen Leistungen im sozialen Bereich nicht geben sollte. In einer bundesweiten Umfrage der Arbeiterwohlfahrt, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Diakonie Deutschland, an der mehr als 2700 gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen teilgenommen hatten, bestätigten 40 Prozent

der Teilnehmer, dass sie bereits Leistungen in ihrem Bereich einschränken oder streichen mussten. 65 Prozent gehen davon aus, dass sie weiterhin Leistungen kürzen oder einschränken müssen. Im Zuge der Debatte

kommentierte der Stadtverordnete Matthias Holz, gleichzeitig der Landtagskandidat der LINKEN für Bernau und Panketal, die Diskussion um die mobile Sozialberatung wie folgt: „Wir kritisieren von hier aus häufig die Politik der Bundes- und Landesregierung und das auch

zu Recht. Aber dann lassen Sie uns doch jetzt nicht die gleichen Fehler machen und bei denen sparen, die es am nötigsten haben.“
Einer Argumentation, der sich eine Mehrheit der Stadtverordneten schlussendlich anschließen konnte.

Streetworker:in für Jugendliche

Die Linke

Bernau

Foto: Die Linke

Eberswalde: Hilfe für Kuba

In Eberswalde wurden bereits über 1.000 Brillen und Hörgeräte gesammelt

Von Margit Streblov

Ein Anruf der kubanischen Botschaft im Frühjahr 2023 machte mich auf die Aktion aufmerksam: Brillen- und Hörgeräte für Kuba sammeln, denn wegen der US-Blockade fehlt es an allem. Am gleichen Nachmittag fragte ich bei Dietmar Ortel von Optic Ortel Eberswalde nach und bekam eine Einladung für den nächsten Tag zur Übergabe von Brillen und Hörgeräten an Ellen Berger, die im März 2023 zu ihrer kubanischen Familie nach Santa Clara fahren und diese als Spende für ein dortiges Gesundheitszentrum mitnehmen wollte. Über 1.000 Brillen und Hörgeräte waren von einer Optic-Ortel-Praktikantin gereinigt, repariert, vermessen und mit den Maßen versehen einzeln in kleinen Tüten verpackt worden.

Drei bei der Spendenübergabe anwesende Eberswalder entschieden sich spontan, die Flugkosten für einen weiteren Brillen-Koffer zu übernehmen.

Immer wieder werden Brillen und Hörgeräte bei Optic Ortel abgegeben und aufbereitet, die auf die Reise nach Kuba warten. Gern können weiter Spenden abgegeben werden.

Während einer Informationsveranstaltung zur Brillen- und Hörgerätespende im Rahmen



V.l.n.r.: Ellen Berger, Dietmar Ortel, Wirtschafts- und Handelsrätin Anamary Suárez Quiñones und Handelsrat José Antonio Orozco sowie Margit Streblov freuen sich über rund 1.000 gespendete Brillen und Hörgeräte, die nach Kuba geschickt werden. Foto: Wolfgang Frick

der Interkulturellen Wochen des Landkreises Barnim am 5. September in der Sparkasse Barnim gab es eine Zusage, die Flugkosten für weitere Koffer mit Brillen und Hörgeräten zu übernehmen. Wer also nach Kuba fährt und einen zusätzlichen Koffer mitnehmen kann, meldet sich bitte per Mail an: margit-streblov@web.de.

Die drei oben erwähnten Koffer-Spender waren 2022 mit dem Hamburger Verein [aubiko e.V.](http://aubiko.de) auf

einer 12-tägigen Bildungsreise zum Thema „Nachhaltigkeit und Umwelt“ im Westen Kubas unterwegs gewesen. Neben interessanten Gesprächen im Landwirtschaftsministerium, bei einer Umweltstiftung oder in der Landwirtschafts-Universität wurden in Havanna auch das Zentrum Fidel Castro Ruz sowie das Ökodorf „Las Terrazas“ etwa 70 Kilometer westlich von Havanna und ein Bergdorf in der Provinz Villa Clara besucht. Dort geht

es vor allem um die Umsetzung des „Plan Turquino“, ein vom kubanischen Staatsrat auf Initiative von Fidel Castro 1987 ins Leben gerufenes Programm, damit in den Berg- und anderen schwer zugänglichen Regionen Kubas eine integrale und nachhaltige Entwicklung vorangebracht wird. Ziel ist es, die Produktionsanforderungen mit sozialen Entwicklungen, dem Erhalt der Natur, der Stärkung der Verteidigung des Landes zu verbinden und dabei alle betroffenen Institutionen und Organe des Landes einzubeziehen. So gibt es in jedem der Bergdörfer immer eine Grundschule, eine Apotheke, eine Krankenstation, ein Kulturhaus, einen Sportplatz und Erwerbsmöglichkeiten für die Einwohner. Im Bergdorf Jibacoa, welches wir besuchten, sorgt dafür der Kaffeenanbau, bei dem der Staat die Abnahme garantiert und die Vermarktung übernimmt.

Interesse an Bildungsreise?

Im Februar 2024 findet die inzwischen vierte Bildungsreise statt. Weitere Informationen siehe: <https://aubiko.de/bildungsurlaub-fuer-erwachsene/kubareise/>. Die Reise ist als Bildungsurlaub im Land Brandenburg anerkannt.

Vereinte Nationen verurteilen Blockade gegen Kuba

Interview mit Juana Martínez González, Botschafterin Kubas in Deutschland

Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) haben am 1./2. November 187 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Nur die USA und Israel stimmten dagegen, die Ukraine enthielt sich. Wie bewerten Sie das?

Seit mehr als drei Jahrzehnten fordert die Generalversammlung der UN jedes Jahr die Einstellung dieser Politik der USA gegenüber Kuba. Wir wissen, dass die Blockade als Akt des Völkermords klassifiziert wird, weil durch sie Kuba von lebenswichtigen Importen abgeschnitten wird. Mehr als 80 Prozent der gegenwärtigen kubanischen Bevölkerung wurde unter den Bedingungen der Blockade geboren.

Zumindest in den letzten Jahren gab es keinen Präzedenzfall, in dem eine Resolution

der UN-Generalversammlung so eindeutig mit 187 Stimmen angenommen wurde.

Auf einem Tribunal zur US-Blockade am 16. und 17. November in Räumen des EU-Parlamentes in Brüssel befassten sich 5 Ankläger:innen mit den Auswirkungen der Blockade auf die kubanische Bevölkerung.

Das Tribunal hatte ein politisches Ziel: Vor der Welt- und insbesondere der europäischen Öffentlichkeit die exterritorialen Auswirkungen der Blockade auf Europa sowie die einseitigen Zwangsmaßnahmen, die sich aus der Aufnahme Kubas in die Liste Terror unterstützender Länder durch die USA ergeben, anzuprangern. Gleichzeitig setzte man sich für die Beibehaltung des zwischen Kuba, der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten bestehenden Abkommens über politischen

Dialog und Zusammenarbeit ein.

Was waren die wichtigsten Punkte aus dem Schuldspruch?

Die Sanktionen verletzen eindeutig die Souveränität von Kuba. Die von den USA auferlegten Sanktionen gegen Kuba verletzen zudem zahlreiche Menschenrechte.

Denn Ziel der Sanktionen ist es, den Handel Kubas mit anderen Ländern einzuschränken, die Ein- und Ausfuhr wichtiger Waren und Dienstleistungen zu blockieren und Finanztransaktionen zu verhindern.

Die zahlreichen Sanktionen und Gesetze der USA, auf die sie sich berufen, sind rechtswidrig und müssen aufgehoben werden. Die USA müssen den Schaden, der dem kubanischen Staat, seiner Wirtschaft und seinen Bürger:innen entstanden ist, ersetzen.

Wie kann ich mit Kuba Solidarität üben?

Es gibt viele Möglichkeiten. Kuba braucht mehr Stimmen in der Welt, um die kubanische Realität von einem objektiven Standpunkt aus und ohne politische Voreingenommenheit bekanntzumachen. Deshalb möchte ich alle Leserinnen und Leser einladen, Kuba zu besuchen. Verpasst nicht die Möglichkeit, unser Land mit seinen Stärken und Schwächen mit eigenen Augen anzuschauen.

Übersetzung: Margit Streblov, stark gekürzt; **vollständiges Interview in der Leseecke** der „Offenen Worte“ auf www.dielinke-barnim.de.



Tip: Für 2024 ist eine Veranstaltung mit Kubas Botschafterin im Diplomatischen Salon der Hoeck-Stiftung in Eberswalde geplant.

LINKE im Brandenburger Landtag: Staatsvertrag für Lehrkräfte

DIE LINKE: Bessere Perspektive für Schüler:innen

Von **Kathrin Dannenberg**
Landtagsabgeordnete

Unverändert leiden die Schulen massiv unter Fachkräftemangel: Erst vor kurzem hat das Aktionsbündnis „#Bildungswende jetzt!“ mit einem überregionalen Protesttag darauf aufmerksam gemacht. Grund ist ein bundesweites Ausbildungsdefizit von 18 Prozent.

Auch Brandenburg bildet nicht einmal die Hälfte der Lehrkräfte aus, die wir einstellen müssten. Konkret bedeutet das, dass in Brandenburg in den nächsten Schuljahren mindestens 1.800 Lehrkräfte pro Jahr fehlen. Die Folgen tragen unsere Schüler:innen, die Lehrkräfte und schlussendlich das ganze Land. Wie die letzten IQB-Bil-

dungstrend-Ergebnisse zeigen, ist die Bildungsqualität dramatisch gesunken.

Um das Problem nachhaltig zu lösen, müssen alle Bundesländer gemeinsam handeln. Deswegen fordert die Fraktion der Linken die Landesregierung auf, sich für einen Staatsvertrag zur Deckung des Lehrkräftebedarfs einzusetzen. Dieser Staatsvertrag soll einerseits alle Bundesländer rechtlich dazu verpflichten, die Lehrkräfteausbildung gemeinsam zu koordinieren, bedarfsgerecht auszubilden und gemeinsame Standards in der Lehrkräfteprognose einzuhalten sowie andererseits sicherstellen, dass der Bund die Länder in Form eines Länderausgleichs finanziell unterstützt.

Mit dem fadenscheinigen Ar-

**1.800
fehlen pro
Jahr
in Branden-
burg:**

**Mehr
Lehrer:innen
ausbilden**



Foto: Die Linke

gument, dass dieser Prozess zu langwierig sei, wurde unser Antrag von der Koalition aus CDU, SPD und Grünen Ende November abgelehnt. Doch wir bleiben

weiter dran und fordern: Schluss mit dem unsolidarischen Länderwettbewerb um Lehrkräfte, hin zu einem kooperativen Föderalismus im Bildungsbereich.

Solidaritätsgesetz für soziale Vereine

DIE LINKE: Hilfsangebote brauchen sichere Finanzierung

Von **Andreas Büttner**
Landtagsabgeordneter

Grundlage einer solidarischen Gesellschaft ist ehrenamtliches Engagement – eingebettet in einer vielfältigen sozialen Trägerlandschaft. Allerdings leidet diese aktuell unter mehreren Problemen wie Inflation, Corona- und Energiekrise und kann daher kaum eine nachhaltige Ehrenamtsstruktur aufrechterhalten.

Das wird durch ein Finanzierungssystem verschlimmert, das auf Projektfinanzierung ausgerichtet und deshalb nicht zuverlässig ist. Die Projektfinanzierung basiert auf Innovationen, das heißt, dass die Träger sich immer wieder Neues einfallen lassen müssen, um Gelder zu erhalten. In einer Zeit ständig wechselnder Krisen, die vor allem nach Sicherheit und Kontinuität verlangt, ist dies der völlig falsche Ansatz. Weder den krisenbelasteten Trägern noch den vielen Menschen, die durch sie Hilfe und Unterstützung erfahren, helfen zum jetzigen Zeitpunkt ständig wechselnde und neue Angebote. Sie brau-

chen Kontinuität, Verlässlichkeit und Sicherheit.

Hinzu kommt, dass Träger in der Projektfinanzierung Eigenanteile leisten müssen, die sie aufgrund jahrelanger chronischer Unterfinanzierung bei stetig steigenden Kosten nicht mehr leisten können.

Unter diesen unsicheren Voraussetzungen kann auch kein qualifiziertes Fachpersonal gehalten werden. Darunter leiden Seniorinnen und Senioren in Mehrgenerationenhäusern, Familien mit Unterstützungsbedarf in Familienzentren, Frauen in Gewaltsituationen, die Hilfe in Beratungsstellen und Frauenhäusern suchen.

Mit dem von der Landtagsfraktion der Linken im Oktober Landtag geforderten Solidaritätsgesetz soll die Projektfinanzierung auf eine pauschale Förderung umgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Träger verlässlich gefördert werden und ihre Arbeit langfristig planen können. Diese wichtigen Strukturen müssen unbedingt beibehalten werden. Der Landtag lehnte das Gesetz ab.

Waldarbeiter:innen werden gebraucht

Landtag beschloss Aufstockung der Ausbildungsplätze auf Antrag der LINKEN

Von **Thomas Domres**
Landtagsabgeordneter

Die Herausforderungen an die Bewirtschaftung und Betreuung des Waldes in Zeiten des Klimawandels sind immens – und damit auch der Bedarf an entsprechend gut ausgebildetem Fachpersonal.

In der Waldarbeiterschule Kunsterspring bildet der Landesbetrieb Forst jährlich 30 Waldarbeiter:innen aus. Das wird jedoch bei weitem nicht ausreichen: Allein der Landesbetrieb selbst erwartet in den nächsten Jahren einen höheren Einstellungsbedarf. Trotzdem hat die Landesregierung im Rahmen der aktuellen Forstre-

form die Ausbildungskapazitäten nicht erhöht.

In der letzten Landtags Sitzung hat die Fraktion der LINKEN deshalb ein Konzept eingefordert, das eine deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze beim Landesbetrieb Forst vorsieht, damit künftig mehr Waldarbeiter:innen ausgebildet werden können. Die Koalitionsfraktionen und BVB/Freie Wähler schlossen sich unserem Antrag im Nachhinein an, sodass er im Landtag eine Mehrheit fand. Das Konzept soll nun bis Anfang 2024 vorgelegt werden. Umgesetzt werden muss es dann von der nächsten Landesregierung nach der Wahl im September.

**Waldumbau
braucht
qualifiziertes
Personal**

Die Linke



Foto: Pixabay

Frauengeschichte(n)

Lili Elbe



Dezember

Von Gisela Zimmermann

Lili Elbe wurde am 18.12.1882 in Vejle, Dänemark als Einar Wegener geboren. Er war einer der ersten Menschen, der sich sein Geschlecht durch eine Operation umwandeln ließ. Sein Vater war Kaufmann. Seine drei Brüder hänselten ihn oft wegen seiner hohen Stimme, wegen seiner blonden Locken wurde er oft für ein Mädchen gehalten. Während der Schulzeit prügelte er sich allerdings wie ein „richtiger Junge“. Im Schwimmunterricht fühlte sich Einar sehr unwohl wegen seines zarten Körperbaus.

Nach Abschluss des Gymnasiums begann er ein Studium an der Königlich Dänischen Kunstakademie in Kopenhagen. Dort lernte er Gerda kennen, beide verliebten sich und nach einem Jahr heirateten sie. Jahre später waren sie als Maler in der europäischen Künstlerszene sehr begehrt. Am 05.03.1930 wurde Einar in Berlin das erste Mal operiert, nachdem er nach starken Schmerzen im Unterleib und u.a. von Magnus Hirschfeld beraten wurde. Kurz danach veränderte sich seine Stimme, seine Gesichtszüge wurden weicher. Einar wurde bereits als Frau wahrgenommen. Die eigentliche geschlechtsangleichende Operation erfolgte in der Frauenklinik in Dresden von Prof. Warnekros. Aus Einar war Lili geworden. Ihren Nachnamen Elbe nahm sie an in Erinnerung an den Ort, an dem ihr neues Leben begonnen hatte.

Um Mutter zu werden, ließ sich Lili im Juni 1931 noch einmal operieren. Danach jedoch starb sie am 12.09.1931 in Dresden. Vor ihrer letzten Operation schrieb Lili ein Buch über ihr Leben, das 1932 auf Deutsch unter dem Titel „Ein Mensch wechselt sein Geschlecht“ erschien. Den Film über ihr Leben, *The Danish Girl*, gibt es seit 2016 auch in deutscher Sprache.

Es geht wieder los:
DIE LINKE schenkt Suppe aus.



Es geht wieder los: In der Corona-Zeit schenkte Die Linke Barnim kostenfreie Suppe aus. Ab 17. Dezember, mit neuem rotem Anstrich, wird die Gulaschkanone wieder unterwegs sein. Hier am Ausschank: Matthias Holz und Dominik Rabe, Stadtverordnete in Bernau. Achten Sie auf unsere Plakate und Online-Ankündigungen (www.dielinke-barnim.de). Foto: bc

Preisrätsel

Wunsch. Lösungswort bis zum 15. Januar 2024 an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; gespendeter Preis dieser Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Singvogel, 4. menschl. Bedürfnis, 9. Talsperre im Erzgebirge, 10. Zirbelkiefer, 11. Schachendstellung, 12. Dämon d. griech. Mythologie, 13. Tierpfote, 16. Gewürzkraut, 19. Flüssigkeitsmaß, 21. Singvogel, 23. Herbstblume, 24. Gerät zum Messen der Wassertiefe, 25. Niederschlag, 28. weibl. Vorname, 30. Hitze, 31. berliner.: Bruder, 33. Insektenstadium, 35. franz.: Osten, 36. Plattenlabel, 37. Zeitabschnitt, 38. unechter Schmuck, 39. Schadenfreude, 40. männl. u. weibl. Vorname, 42. Anerkennung, 43. Osteuropäerin, 45. ital. Vulkan (landessprachl.), 47. organ. Verbindung, 50. brit.-amerikan. Mathematiker (Bletchley Park), 51. Lärm, 52. Tanzschritt, 53. Kaufmannsbund im Mittelalter, 54. Betonungszeichen, 57. japan. Kampfsportjacke, 59. Milz, 61. Kochhilfe, 63. Fechtgerät, 64. Dachverband der dt. Filmwirtschaft (Abk.), 66. Schubfach, 67. altröm. Konsul, 68. Stadt in Unterfranken, 69. myth. Wesen

Senkrecht: 1. Schriftenreihe, 2. Baumteil, 3. Tiergruppe, 4. Tatsache, 5. Fluss im Harz, 6. Zeitangabe, 7. Nutz- und Heilpflanze d. Himalaya, 8. Eirund, 14. Salzsee in Zentralasien, durch Austrocknung geteilt, 15. wörtl. Wiedergabe, 17. Nebenfluss d. Donau, 18. Nautiker, 20. Verbot, 21. Opernlied, 22. freistehender Pfeiler, 26. Region zw. Vogesen und Rhein, 27. Faserzement, 29. Anrainer, 31. Gattung der Blattschneiderameisen, 32. religiöser Eiferer, 34. blut-saugende Nachtgestalt, 36. bulgar. Gebirge, 41. Verwandter, 43. männl. Schwimmvogel, 44. Bedienelement, 45. schmaler Durchlass, 46. Pflanzengattung, 48. Pampashase, 49. Nebenfluss d. Torre in Slowenien und Italien, 51. Bewegungsabläufe beim Taekwondo, 55. Asiate, 56. Hunderasse, 58. ärmelloses Kleidungsstück, 60. Nebenfluss d. Donau, 61. Teil d. Beines, 62. undichte Stelle, 65. Drehpunkt

1		2	3		4		5		6		7		8	
			9								10			
11							12							
			13	14		15					16	17		18
19		20						21		22				
				23								24		
25	26		27					28			29			
30					31		32			33			34	
			35							36				
37					38						39			
			40	41					42					
43	44					45		46			47	48		49
		50								51				
52						53								
		54	55		56					57	58			
59	60							61		62				
			63								64	65		
66										67				
			68									69		



Foto: Annette auf pixabay

Offene Worte
wünscht
besinnliche
Weihnachten
und ein
friedliches
Jahr 2024.